Kohärenz der schweizerisch-indonesischen Beziehungen im Rahmen der neuen Richtlinien über die Nord-Süd-Beziehungen

Markus Kupper and Robert Jenny

Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/1316>

DOI: 10.4000/sjep.1316

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 février 1995

Number of pages: 201-205

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

Markus Kupper und Robert Jenny, « Kohärenz der schweizerisch-indonesischen Beziehungen im Rahmen der neuen Richtlinien über die Nord-Süd-Beziehungen », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 14 | 1995, Online erschienen am: 05 Mai 2013, abgerufen am 08 September 2020. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/1316> ; DOI : <https://doi.org/10.4000/sjep.1316>

Kohärenz der schweizerisch-indonesischen Beziehungen im Rahmen der neuen Richtlinien über die Nord-Süd-Beziehungen

Markus Kupper/Robert Jenny, Swisscontact

Allgemeines

Die folgende Analyse beruht auf den Erfahrungen einer Organisation, welche konkrete Entwicklungsprojekte in den Bereichen technische und berufliche Ausbildung und Schulung sowie Kleinindustrieförderung in Indonesien durchführt. Die Analyse ist jedoch in Bezug auf die Gesamtpolitik keineswegs vollständig.

Identifikation (ausgewählter) Kohärenzprobleme

Die wirtschaftlichen Beziehungen müssen vor dem Hintergrund einer dualen Struktur der indonesischen Wirtschaft gesehen werden, d.h. einem modernen Sektor und einem eher traditionellen Sektor. Der moderne Sektor ist durch die Beherrschung mittlerer und grosser Unternehmen gekennzeichnet, welche versuchen, aus den niedrigen Arbeitskosten und/oder aus einer wachsenden Binnennachfrage Nutzen zu ziehen. Obwohl die niedrigen Arbeitskosten ein wichtiger Faktor sind, führen die geringe Qualifikation der Arbeitskräfte, das Potential von Arbeitskonflikten und die Qualitätsanforderungen eines immer noch vorherrschenden Exportmarktes zum Einsatz moderner (Spitzen)Technologie, wie sie teilweise auch in Industrieländern angewandt wird. Diese Tendenz wird durch eine Modernisierungsstrategie der indonesischen Regierung gefördert, die derzeit einen Übergang von einer Phase des Technologieerwerbs zur Technologieanpassung verkündet. Der moderne Sektor ist eng mit der politischen Machtstruktur verbunden, was zur Dominanz von Grosskonzernen führt, und wird von den Volkschinesen stark beeinflusst. Der moderne Sektor ist (mit Ausnahme von Industrien, welche die natürlichen Ressourcen verarbeiten) auf Java und Sumatra konzentriert und strebt aktiv danach, von der neuen Nachfrage zu profitieren, aber auch neue Nachfrage zu schaffen, indem er die traditionellen Produkte zum Teil ersetzt. Die einheimischen Firmen des modernen Sektors sind potentielle Partner für Joint Ventures mit Schweizer multinationalen Unternehmen und potentielle Abnehmer für Schweizer Hersteller.

Die Kleinunternehmen sind fast ausschliesslich in den für die lokalen Märkte bestimmten herkömmlicheren Aktivitäten zu finden. Sie sind in die traditionellen Gesellschaftsstrukturen der Familie, des Dorfes und – zumindest ein Teil von ihnen – des Stammes eingebunden. Sie absorbieren den grössten Teil der

Arbeitskräfte und erbringen für die Gemeinschaft bedeutende Dienstleistungen, da sie auch in den entferntesten Gebieten verbreitet sind. Die meisten von ihnen sind informelle Unternehmen, was nicht bedeutet, dass sie der Regierung nicht bekannt und von ihr nicht registriert sind. Je nach Sektor sind die Unternehmen immer mehr der Konkurrenz grosser und auch multinationaler Firmen ausgesetzt. Beispiele von Bereichen, in denen auch Schweizer multinationale Unternehmen beteiligt sind, sind die Nahrungsmittelverarbeitung und pharmazeutische Produkte. Der Kleinindustriesektor wird von Swisscontact seit 1989 gefördert, und die DEH sieht vor, zusammen mit Swisscontact ein sektorielles Programm zu errichten.

Im Bereich der Entwicklung menschlicher Ressourcen, einem entscheidenden Faktor für die Entwicklung, sind die gleichen Muster des wirtschaftlichen Dualismus festzustellen. Bisher waren alle Anstrengungen der Schweizer auf den modernen Sektor konzentriert und kamen in den meisten Fällen den mittleren und grossen Unternehmen zugute. Hier ergibt sich jedoch eine weitere Inkohärenz:

Die Regierung ist bei weitem der wichtigste Partner der schweizerischen öffentlichen Entwicklungshilfe für diesen Sektor. Aufgrund ihres Aufbaus als Teil einer sehr komplexen, aber stabilen Machtstruktur, wegen verschiedener Schwächen - wie zentralisierte Organisationen, niedrige Qualifikation und ideologische Ziele - hatte sie jedoch begrenzten Erfolg damit, einerseits die Arbeitskräfte mit den Schlüsselqualifikationen auszustatten, die für die sich entwickelnde Industrie gefordert wurden, und andererseits die regionalen und sozialen Unterschiede auszugleichen. Die Zahlen, die den allgemeinen quantitativen Erfolg der Grundschulbildung und der Alphabetisierung nachweisen, verbergen - ähnlich wie die makro-ökonomischen Indikatoren - die Tatsache, dass sich der Abstand zwischen einer Elite, die von der Entwicklung profitiert, und der benachteiligten Mehrheit vergrössert... mit all den damit verbundenen Gefahren für den sozialen Frieden und die politische Stabilität!

Der private Sektor - einschliesslich der Schweizer multinationalen Firmen - war bisher nicht fähig, quantitativ bedeutsame alternative Programme für „Schlüsselqualifikationen“ zu entwickeln, obwohl die Personalqualifikation ein oft erwähntes Hindernis für eine Ausdehnung der Aktivitäten in Indonesien ist. (Natürlich bilden die Firmen ihr eigenes Personal aus und fördern dieses für ihre eigenen spezifischen Bedürfnisse. Unter den privaten Initiativen sind auch die Bemühungen der Kirchen zu erwähnen, welche jedoch ebenfalls beschränkt bleiben.) Dies führt zum Ergebnis, dass nur eine ganz kleine Elite zu guten Programmen technischer und beruflicher Ausbildung und Schulung und somit zu den Vorteilen des modernen Sektors Zugang hat. Der grössere Teil der Arbeiterschaft muss sich darauf beschränken, als unqualifizierte oder angelernte Arbeiter zu arbeiten, oft unter Bedingungen, wie sie zur Zeit des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts herrschten, oder überhaupt aus dem formellen Sektor ausgeschlossen zu bleiben und sich dort die erforderlichen Überlebensfähigkeiten so gut sie können anzueignen. Die demographische Konzentration der Bevölkerung auf der Insel Java und das grundlegende Scheitern des

„Transmigrasi“-Programms verschlimmert noch das Anwachsen eines unge-schulten Proletariats in den sich ausdehnenden Grossstädten parallel zum sta-tistisch eindrucksvollen, aber in vieler Hinsicht trügerischen Wirtschaftswachstum (und vielleicht noch schneller als dieses).

Die derzeitigen Projekte, aber auch die geplante Reduzierung der staat-lichen Zuschüsse an Indonesien bieten begrenzte Möglichkeiten für jeweilige Korrekturmassnahmen. Und die Grundentscheidung der DEH für einen „Aus-tritt“ aus Indonesien gegen Ende des Jahrhunderts, die auf der Annahme be-ruht, dass der wirtschaftliche und soziale Aufschwung dieses Landes gewähr-leistet zu sein scheint, mag zumindest verfrüht und problematisch sein.

Vor allem in Bezug auf die Bereiche technische und berufliche Ausbildung und Schulung und Kleinindustrieförderung werden die Vektoren „Schutz der natürlichen Umwelt“ und „Förderung des Gleichgewichts zwischen den Ge-schlechtern“ („promotion of gender balance“) noch stark vernachlässigt. Uns ist nicht bekannt, inwieweit sie bereits im bilateralen Handel berücksichtigt werden (Öko-Label). Von den multinationalen Unternehmen sagt man, dass sie ihren eigenen Standards folgen.

Im globalen politischen Kontext ist eine aktive Förderung der Men-schenrechte und eines aufgeschlosseneren politischen und kulturellen Klimas in Indonesien nicht mit dem Namen „schweizerisch“ verbunden, trotz unseres eigenen respektiven Wertsystems. (Initiativen seitens kirchlicher Organisatio-nen und „Geheimdiplomatie“ sind in dieser Hinsicht Ausnahmen.) Die Schweiz weicht traditionell vor Bindungen zwischen Menschenrechten und Handel zu-rück und sorgt sich nicht allzu sehr um die demokratischen Grundsätze in den Ländern der Handelspartner. Andererseits kann aber nicht übersehen werden, dass Indonesien Anzeichen guter Regierungsführung („good governance“) in ausgewählten Bereichen und eine politische Stabilität aufweist, wie sie vielen Entwicklungsländern unbekannt ist. Deshalb ist es schwierig, in der Schweiz ein ausgewogenes Bild von Indonesien zu erhalten, da das Land entweder als ein Tropenparadies mit politischer Stabilität und Ordnung angesehen wird, als eine wirtschaftliche „Erfolgsstory“ und ein Himmel für Investoren, oder als eine üble Diktatur mit relativ unbehinderter kapitalistischer Ausbeutung, Korruption und mit einem fehlenden sozialen Sicherheitsnetz.

Mögliche Lösungen des Kohärenzproblems

Man muss in Bezug auf die Kohärenz der Massnahmen aller beteiligten Akteu-re realistisch sein. Die privaten Unternehmen folgen ihren eigenen vorrangigen Zielsetzungen, die mit anderen Politiken unvereinbar sein könnten, wie oben gezeigt wurde auch aufgrund der indonesischen Wirtschafts- und Macht-struktur. Die Förderung eines bewussten Dialogs zwischen den verschiedenen in Indonesien tätigen schweizerischen Institutionen und Firmen, sowie einer kritischen Bewertung wichtiger Fragen ist erforderlich. Eine Achse von DEH

und BAWI könnte hier eine entscheidende Rolle spielen. Ein regelmässiges Diskussionsforum der Schweizer Vertreter in Indonesien (Industrie, Botschaft, DEH, private Entwicklungshilfeorganisationen, usw.) könnte das Verständnis der gesamten Problematik fördern. Vorstellungshalber könnte der Dialog zu gemeinsamen Aktionen oder sogar zu Projekten führen.

Man könnte eine sinnvolle Forschung unterstützen, zum Beispiel betreffend die Auswirkung der Entwicklung des modernen Sektors auf die traditionellen Wirtschaftstätigkeiten (wie die Forschungsarbeiten des Anthropologisch-Geographischen Instituts der Universität Zürich). Die Forschungsergebnisse müssen den Akteuren und auch den jeweiligen indonesischen Partnern in sinnvoller Form übermittelt werden. Eine differenzierte Präsentation Indonesiens in den interessierten Kreisen und der Öffentlichkeit in der Schweiz sollte aktiv gefördert werden. Das gleiche sollte für die Präsentation der Schweiz in Indonesien gelten, wo die zahlreichen Fellowship-Hochschulabsolventen auch als „Botschafter“ eingesetzt werden könnten. Schliesslich sollten Kontakte und gemeinsame Aktionen unter den indonesischen und schweizerischen Nichtregierungsorganisationen und Institutionen des privaten Sektors gefördert werden. Informationen über den schweizerischen Einsatz in Indonesien sollten offener zugänglich sein, zum Beispiel Adressen von Schweizer Firmen, die in Indonesien vertreten sind.

Jedoch wird im grossen und ganzen ein wirklich kohärenter Ansatz aller Akteure gegenüber diesem Land und seiner Probleme weiterhin schwierig sein und bis zu einem gewissen Punkt Wunsdenken bleiben. Die Interessen bleiben widersprüchlich und die Möglichkeiten des Einflusses eines Volkes von 6,5 Millionen Einwohnern auf eine Nation von 190 Millionen Einwohnern müssen realistisch beurteilt werden. Doch könnten einige bescheidene Impulse übermittelt werden in Bereichen, in denen die Schweiz am meisten zu bieten hat, wie eine bedürfnisorientierte nicht-diskriminierende Erziehung und Systeme der wirtschaftlichen Förderung von Kleinunternehmen. In Anbetracht dessen ist der Beschluss, unseren ohnehin schon geringen Hilfebeitrag drastisch zu kürzen, bedauerlich. Die Privatinvestitionen können einen Teil dieser Hilfe ersetzen, aber natürlich weniger im sozialen Bereich.

Institutionelle Mechanismen

In Anbetracht der Tatsache, dass die praktische Umsetzung des Leitbilds Nord-Süd weitgehend Aufgabe des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten ist, scheint es logisch, dass seine Vertreter die sich ergebenden Fragen, Probleme und Lösungen einem breiteren Kreis interessierter und betroffener Akteure erläutern. Letztere sollten dazu angehalten werden, Kommentare abzugeben und Anregungen zu unterbreiten, die sich, wie zu hoffen ist, in sinnvollen Massnahmen und Ergebnissen niederschlagen könnten. Ein intensiverer Dialog kann auf drei Ebenen vorgesehen werden:

- Zwischen verschiedenen Bundesverwaltungen zur Entwicklung und Koordinierung der künftigen Aktionen, insbesondere zwischen BAWI und DEH.
- Mit interessierten Vertretern verschiedener Institutionen (auch der Industrie) zur Diskussion ausgewählter Kohärenzprobleme. Das Ziel wäre, ein gemeinsames Verständnis für die Probleme und die Situation aller Beteiligten zu fördern.
- Einen regelmässigen Diskussionskreis errichten, der Entwicklungsexperten, sowie Vertreter aus Politik und Geschäftswelt zusammenbringt, um das gegenseitige Verständnis für die Lage und die Aktivitäten der Beteiligten zu fördern.
- Möglicherweise „gemischte“ Aktionen zwischen schweizerischen Investoren, der Regierung und Entwicklungshilfeorganisationen zu entwickeln. Leider ist dies im Rahmen unserer Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sehr schwer zu erreichen.